

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 4

Artikel: Unternehmer und Politik
Autor: Wuffli, Heinz R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unternehmer und Politik

Für uns individualistische Westler ist die totale und einseitige *Verpolitisierung* kaum nachvollziehbar, wie sie in China oder im russischen Imperium herrscht. Kommt dazu, dass die politische Freiheit des Einzelmenschen um so geringer ist, je umfassender die Politisierung des Lebens in allen seinen Fasern durchorganisiert ist. Ob es sich dabei um eine Art nationalreligiöser Durchdringung handelt oder ob man die Verpolitisierung als erzwungenes Ritual betrachtet, ist nicht entscheidend. Aber wichtig ist, dass aus dem Fanatismus von über einer Milliarde Menschen eine Stosskraft erwächst, die manchen Entwicklungsländern mehr imponiert als die rationale Einstellung der Industriestaaten, deren Chor oft so schwer verständlich ertönt. Hungernden erscheint jedes Eintopfgericht erstrebenswert.

Politische Abstinenz als Verhängnis

Nun soll freilich hier nicht die altgewordene Platte des kalten Krieges abgespielt werden, deren Rillen noch auf Mono- statt auf Multiphonie angelegt sind. Aber es scheint nützlich, den krassen Unterschied zum Ausdruck zu bringen, der uns überindividualistische Europäer vom grösseren Rest der Menschheit trennt. Die «Zwar-aber»-Mentalität droht zum Verhängnis zu werden. Tatsächlich sind zu viele Zeitgenossen in den letzten Jahrzehnten zu Relativisten geworden, die sich zu wenig mit den politischen Grundfragen der Zeit befassen. Die *gleichgültige Resignation mancher Unternehmer*, die alle Weltanschauungen gelten lassen möchten, solange sie nicht direkt stören, ist wohl etwa jener Haltung zu vergleichen, die am Ende des römischen Zeitalters herrschte. Damit geht eine gewisse *ungerechtfertigte Verachtung der Politik* einher, deren Einfluss man gewöhnlich erst zu spät erkennt, nachdem man ihre Ziele zuvor weniger ernst genommen hat als einen Jahresabschluss oder eine neue Investition. Das Kesseltreiben gegen einzelne Unternehmungen dies- und jenseits des Atlantiks würde kaum die grosse Windstärke erreicht haben, wenn sich die Unternehmer nicht über zu viele Wegstrecken hinaus von der Politik dispensiert hätten.

Wenn im folgenden vom *Unternehmer* schlechthin die Rede ist, dann fällt darunter auch die gar nicht so kleine Schicht jener *leitenden Ange-*

stellen, die in wirtschaftlichen Unternehmungen verantwortliche Stellungen bekleiden und aktive Leitungsfunktionen ausüben. Das Hauptziel der unternehmerischen Tätigkeit besteht ja darin, für die *dauernde Erhaltung einer wirtschaftlichen Unternehmung* im Interesse ihrer Mitarbeiter, Geldgeber, Lieferanten und Kunden zu sorgen. Dazu gehört indessen unabdingbar auch sozusagen der «*politische Umweltschutz*», also die Sorge um eine gesamtpolitische Entwicklung des Landes, welche für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft förderlich und nicht schädlich oder gar bedrohlich ist.

Leider spielt gerade die *politische Aktionsfähigkeit* bei der Ausbildung der Unternehmer und bei den Voraussetzungen für ihren beruflichen Erfolg eine *gefährlich untergeordnete Rolle*. Dass manchen das Geschwätz über die notwendige Umkrepelung der Gesellschaft auf die Nerven fällt, entbindet sie nicht davon, die Gesellschafts- und Systemkritik ernst zu nehmen und sich mit deren Anliegen sine ira et studio auseinanderzusetzen. Das wiederum will aber beileibe nicht heissen, dass jene besonders fortschrittlich seien, die aus einem gewissen Snobismus heraus alles Moderne gut finden und alles Hergebrachte verurteilen. Ohne Zweifel sind die Mittel- und Hochschulen heute der Politik gegenüber viel aufgeschlossener als früher. So ketzerisch das für manche Ohren klingen mag, müssen wir uns aber vielleicht doch fragen, ob das Lob nicht etwas voreilig ist, das man gerne jenen Studenten spendet, die brav und fleissig dem Brotstudium obliegen, statt im Widerstreit der jugendlichen Meinungen besser fechten zu lernen. Es mag durchaus sein, dass einige der lauten Politstudenten sich nach dem Vergären später zu geistig beweglichen Persönlichkeiten durchmausern, während gar manche stille Brotstudenten tüchtige *Stabsleute* abgeben, die ausgezeichnet die Ideen anderer verwirklichen helfen, aber nur wenig eigene Gedanken entwickeln.

Sicher, manche Unternehmer interessieren sich für das aussen- und innenpolitische Schauspiel insofern, als sie sich über den Gang der Politik freuen oder ärgern. Aktiv sind aber leider nur relativ wenige tätig, so dass man versucht ist, von einer *apolitischen Haltung* der Unternehmerschaft zu sprechen. So überlassen allzu viele Unternehmer sowohl die Begründung ihrer Nöte wie auch das Gespräch mit den Behörden den dafür angestellten tüchtigen *Verbandsfunktionären*. Das hat nicht nur den Vorteil, dass man sich selber nicht engagieren muss, sondern bietet auch den unschätzbaren Vorzug, in aussichtslosen Lagen ohne Gesichtsverlust den Rückzug antreten zu können. Es hat anderseits den Nachteil, dass die öffentliche Meinung nur mit den Schwachstellen der Wirtschaft konfrontiert wird und sich zu wenig Rechenschaft gibt über die Selbstheilungskraft der Unternehmungen, die bei genügender Anpassungszeit manche Schwierigkeiten durchaus ohne äussere Hilfe zu meistern imstande sind.

Gründe und Scheingründe

Woher rührt diese *politische Abstinenz der Wirtschaft*? Wenn wir nach den Gründen für diesen im individualistischen Westen allenthalben spürbaren Absentismus fragen, dann erhalten wir eine Reihe von Antworten.

Zunächst einmal wird man den *Zeitmangel* aufführen. Nach dem bekannten Schlagwort haben zwar Genies immer Zeit. Aber Unternehmer sein, heisst doch in erster Linie für seine Firma arbeiten. Wer allzu oft dem zeitraubenden Geschäft der politischen Auseinandersetzung nachgeht und sein Pult verwaist sein lässt, läuft Gefahr, dass ihm seine eigenen Berufsaufgaben in der Unternehmung aus den Händen gleiten. Zeitmangel ist allerdings häufig auch ein Grund, mit dem gerne Dinge beiseitegeschoben werden, die uns *langweilen* oder in denen wir uns *unsicher* fühlen.

Dann kommt hinzu, dass die Unternehmer entweder *Betriebswirtschaftler* oder *Ingenieure* sind, die gelernt haben, Tatsachen, Zahlen und Kurven zu beurteilen, also exakte Dinge. Politik ist aber alles andere als eine exakte Wissenschaft. Von Bismarck stammt ja auch die Feststellung, dass es in der Politik niemals möglich sei, mathematische Beweise zu liefern. Während der Politiker eher zur *synthetischen* Denkweise neigt, überlegt der Unternehmer im allgemeinen eher *analytisch*; dass zuviel Analyse aber am Ende zur Paralyse führen kann, zeigen manche Erfahrungen.

Ausserdem führt in der Wirtschaft der Weg nach oben logischerweise meist vom Spezialisten zum Generalisten, der seinerseits bei jedem Sachbereich wieder Experten heranzuziehen hat. So wichtig die *Kunst des Delegierens* aber für jeden Unternehmer ist, gibt es doch Aufgaben, denen er sich selber unterziehen muss: in der Demokratie ist das Volk eben nicht nur der *Souverän* der Magistraten und Staatsbeamten, sondern auch der Unternehmer. Die Gesprächsführung mit dem Souverän kann aber nicht delegiert werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, dass die eigene Firma zur *anonymen Macht* abgestempelt wird, der das Volk mit Misstrauen begegnet. Zu viele Unternehmer scheuen jedoch – notabene aus ehrenwerten Gründen – das Rampenlicht der öffentlichen Bühne.

Diese Haltung ist nicht neu; sie lässt sich über lange Zeiträume hinweg historisch belegen. Der Kaufmann war schon in früheren Zeiten nur selten Politiker, schon gar nicht in jenen Epochen, in denen die staatliche Tätigkeit einer oft geldgierigen Aristokratie oder einem häufig nicht weniger happigen Klerus vorbehalten war. Interessant ist übrigens auch, dass Jacob Burckhardt vor hundert Jahren in seinen «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» die Wirtschaft nicht – wie man dies heute tun müsste – als eigenständige Potenz neben Staat, Religion und Kultur behandelte, sondern nur als Teilbereich unter dem Sammelbegriff Kultur subsumierte. Der Historiker

billigte damit dem Unternehmertum nur eine beschränkte Wirkung auf den Gang der Geschichte zu. Das Bestreben der Unternehmer richtete sich stets weniger auf die Gewinnung politischen Einflusses als auf die Bewahrung ihrer *Freiheit vor Staatseingriffen*. Ob das heute noch genügt, ist zweifellos eine berechtigte Frage.

Das *latente Spannungsverhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Kirche* ist ja eigentlich immer vorhanden gewesen; aber es bewirkte stets ziemlich einseitig, dass sich der Kaufmann gerne still und friedlich verhielt und kämpferischen Auseinandersetzungen mit politischen und kirchlichen Machthabern aus dem Weg ging. Diese Neigung zur Meinungsenthaltung entfaltete sich um so stärker, je mehr ein Unternehmen auf die Gunst breiter Schichten angewiesen war. Gesamthaft gesehen bedeutet aktive Politik aber neben der Erklärung des eigenen Standpunktes doch auch *Auseinandersetzung mit andern Meinungen*, während die Unternehmeraufgabe eher in der Suche nach dem *friedlichen Ausgleich und dem gemeinsamen Nenner* liegt. So ist wohl auch das Wort vom wirtschaftlichen Konkurrenzkampf falsch, der ex definitione schliesslich zum Ende der Marktwirtschaft führen müsste. Besser erscheint das Bild des Wettbewerbs, der den parallelen Wettlauf der Konkurrenten um die Gunst der Kunden zum Ausdruck bringt, aber nicht den Freistilkampf aller gegen alle. Diese Überlegung müsste vor allem auch gegenüber kirchlichen Kreisen vermehrt zur Geltung gebracht werden, da gerade dort zahlreiche Missverständnisse über das Funktionieren der Marktwirtschaft bestehen.

Beizufügen wäre noch, dass sich besonders auch die grossen *multinationalen Gesellschaften* entgegen der landläufigen Meinung im allgemeinen sehr davor hüten, sich in die innere Politik ihrer Gastländer einzumischen. Vielmehr befleissigen sie sich einer korrekten und demokratischen Haltung. Die Frage ist aber, wie schon gesagt, am Platz, ob diese politische Abseitsstellung nicht auch einen Grund für viele populäre Attacken gegen die «Multis» bildet: unsere komplizierte Welt ist in der Tat voll von *paradoxen* Erscheinungen!

Ein weiteres Element in den kritischen Beziehungen zwischen Unternehmern und Politikern liegt vielleicht im *unterschiedlichen Nutzeffekt der Leistung*. Tocqueville sprach schon von der Politik als einem Kampfplatz, auf dem das erzielte Ergebnis stets weit unter dem liege, was man erreichen möchte. Es bedarf wohl keiner Beispiele, um diesen Satz zu erhärten: Es liegt auf der Hand, dass die politischen Windmühlen manchen Unternehmern zu wenig Mehl mahlen, um sie begeistern zu können.

Von der Diagnose zur Therapie

Was wäre zu tun, um das Verhältnis zwischen Unternehmer und Politiker zu verbessern?

Oft pflegt man den Unternehmern zu empfehlen, sich selber oder einzelne leitende Mitarbeiter *voll für die Politik freizustellen*. Verschiedene leuchtende Beispiele von Wirtschaftsvertretern in der *Legislative* vermögen indessen nicht darüber hinwegzutäuschen, wie schwierig es ist, diesen Weg zu gehen, ohne Gefahr zu laufen, zwischen Tisch und Bank zu fallen und sich bei beiden Seiten unbeliebt zu machen. Der Zeitaufwand für einen nebenamtlichen Parlamentarier ist auch in unseren kleinstaatlichen Verhältnissen so gross, dass es ganz besonders glücklicher Umstände bedarf, daneben noch leitend in der Wirtschaft tätig zu sein. Jedenfalls bedingt es mitarbeitende Kollegen oder Familienmitglieder, die dies neid- und klaglos gestatten und darüber hinaus bereit sind, eine Art von Rückversicherung für den Fall eines Wahlpechs zu gewähren.

Das Stichwort *Rückversicherung* beleuchtet das Kernproblem des Miliz- und des Berufspolitikers. Selbst wenn der Arbeitsplatz als solcher nach acht oder zwölf Jahren wieder zur Verfügung steht, bleibt die Frage doch offen, ob der Rückkehrer beruflich noch so auf der Höhe ist, dass er ihn ohne Nachteil für die Unternehmung oder für sein eigenes Gewissen wieder einnehmen kann. Die unternehmerischen Anforderungen unterliegen einem derart raschen Wandel, dass dies jedenfalls nicht leicht ist. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Politiker bei allem Können und Einsatz viel allgemeiner, weitmaschiger und – ohne dies abschätzig zu verstehen – oberflächlicher tätig sein muss als der Unternehmer. Allgemein dürfen wir uns also besonders glücklich schätzen, wenn es immer wieder in Einzelfällen gelingt, Unternehmer als Parlamentarier zu gewinnen: aber als Regel dürfte dies doch stets nur wenigen möglich sein.

Wesentlich ist nun aber, dass von Unternehmerseite her konsequent und beharrlich der *laufende Kontakt mit Politik und Verwaltung* – mit Legislative und Exekutive – gesucht und gepflegt wird. Dazu gehört auch die *Gesprächsbereitschaft* gegenüber anderen Meinungsbildnern der Öffentlichkeit, also gegenüber Wissenschaftern und Journalisten. Nun ist natürlich diese Gesprächsbereitschaft etwas, das von den klassenkämpferischen Gesellschaftskritikern als Versuch des «Establishments» gebrandmarkt wird, einen beherrschenden Einfluss auf den Staat zu gewinnen. Das darf niemanden anfechten; im Gegenteil, wir müssen uns innerlich und äusserlich dagegen zur Wehr setzen, das Vokabular der Gegner zu übernehmen und uns am Ende selber ein schlechtes Gewissen einzureden. Das führt uns auch dazu, unser politisches Ziel nicht etwa bloss negativ im Widerstand

gegenüber dem Marxismus zu erblicken, sondern in den *positiven* Anstrengungen für eine freiheitliche, demokratische und sozial gerechte – aber keineswegs vom sozialen Ressentiment fanatisierte – Gesellschaft. Das Ausfüllen dieser Zielvorstellungen ist unsere Aufgabe: sie darf nicht einem Gegner überlassen werden, der die angebliche formale und materielle Gerechtigkeit so weit zu treiben trachtet, dass sie die Freiheit durch die Gleichheit erstickt.

Eine wichtige Voraussetzung für die Kontaktpflege besteht im Informiertsein. Man muss als Unternehmer über das eigene Fachgebiet hinaus *Informationen* kritisch aufnehmen können, um sich eine eigene Meinung zu bilden und in der Lage zu sein, die Meinung der andern zu kennen. Das ist angesichts der herrschenden Informationsflut zeitraubend, aber unumgänglich, wenn man als Gesprächspartner ernst genommen werden will.

Glücklicherweise besteht die schweizerische Auffassung von Demokratie darin, *Interessengegensätze auszugleichen* und auch der Minderheit soweit als möglich Recht widerfahren zu lassen. Wir sind uns bei vielen Sachfragen durchaus bewusst, dass man in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann. Trotzdem darf uns das nicht dazu verleiten, in der Unternehmerpolitik nur noch nach dem Schema des «*Sowohl-Als-auch*» zu fechten. Wer ständig die höfliche Formel von Radio Eriwan anwendet, nach der jeder Gesprächspartner «im Prinzip» recht hat, während wir bloss noch einige Nuancen anbringen, der wird sich am Ende zum Sprachrohr des politischen Gegners machen. Wertfreies Politisieren ist eine unmögliche Kunst. Von Eugen Böhler stammt übrigens der hübsche Satz, dass der Kompromiss am liebsten mit den Prinzipien lebe. Wer aber den Kompromiss stets vorwegnimmt und damit der offenen Ausmarchung ausweicht, liefert dem Gegner Stoff für Zitate. Besser ist es, *mit offenem Visier zu fechten* und sich seiner klaren Stellungnahme auch dann nicht zu schämen, wenn sie – wie das beim Verhalten aller Parteien und Gruppen zutrifft – interessenbedingt ist. Eine solche Haltung kommt bei der öffentlichen Meinung meist besser an als allzu diplomatische Äusserungen, aus denen jeder nur das herauszulesen pflegt, was ihm selber behagt. Diese Einstellung muss aber auch dazu führen, dass man gegenüber anderen Meinungen nicht überempfindlich reagiert, sondern sie einigermaßen gelassen hinnimmt. So sollte man insbesondere auch die Worte politischer Freunde nicht stets auf die Goldwaage legen.

Kaleidoskop der Schlagworte

Das ist nicht immer leicht, besonders nicht bei jenen *politischen Schlagworten*, die unvermittelt zu grossen Modeehren bei der wankelmütigen öffent-

lichen Meinung gelangen, bis diese wieder andern Klischeevorstellungen nachjagt. Einige Beispiele zeigen dies.

Vor vier Jahren gehörte es zum Pflichtpensum jedes schweizerischen Politikers, die *Förderung des Wohnungsbaus* zu verlangen: man appellierte an das Baugewerbe und an die Banken, auf diesem Gebiet unbedingt rasch mehr zu tun. Dass sich die Auffassungen bald in ihr Gegenteil verkehren würden, liess sich dann vor knapp zwei Jahren am Auftauchen des Schlagworts ablesen, man hätte zu viele Wohnungen «am Markt vorbeigeplant».

Oder die *Preisüberwachung*, deren Fortsetzung vom Parlament Ende 1975 beschlossen wurde, obwohl sich jeder Einsichtige klar sein musste, dass es so etwas wie einen «gerechten Preis» in der Nationalökonomie nicht gibt: Marktpreise sind stets stärker als Kostenpreise! Es wird Mut brauchen, um dieses sicher gutgemeinte, aber auf die Dauer untaugliche Spielzeug wieder aus der Kinderstube der Nation zu entfernen.

Beliebt ist ferner die Forderung nach einer ständigen Verbesserung der *Altersvorsorge*, der man soviel Aufmerksamkeit zukommen lässt, bis die junge Generation, die heute wieder mehr als früher um das Fortkommen kämpfen muss, eines Tages im Zorn erwachen wird. Auch hier war es lange Zeit fruchtlos, kritische Einwände zu Gehör zu bringen und an die *Grenzen des Rentnerstaates* zu erinnern.

Ein weiteres nicht leicht objektiv zu beweisendes Schlagwort ist jenes vom allgemein *überteuerten Schweizerfranken*. Es trifft zwar in manchen Bereichen ohne Zweifel zu, aber wesentlicher wäre wohl der Gedanke, unsere private und öffentliche Konkurrenzfähigkeit leide auch darunter, dass der Lebensstandard in den letzten Jahren infolge der zu späten Aufwertung und der Explosion der Staatsausgaben sowie wegen des exponentiellen Preis- und Lohnausgleichsmechanismus den Realitäten weit vorausgeeilt sei.

So wären noch manche *Wörter* zu erwähnen, mit denen Politik getrieben wird, etwa die Lebensqualität, die Grenzen des Wachstums, der angeblich überdimensionierte Finanzplatz Schweiz, das Konjunkturinstrumentarium oder die absolute Priorität des öffentlichen Verkehrs, um nur einige zu nennen, die zu gewissen Zeiten von allen Leuten «im Prinzip» gutgeheissen werden müssen, wenn sie nicht als hinterwäldlerisch gelten wollen.

Keynes hat einmal zutreffend gesagt, dass es der weltlichen Reputation besser diene, konventionell zu irren, anstatt unkonventionell recht zu haben. Wer Politik treibt, darf das nicht vergessen. Aus diesem Gedanken geht auch hervor, dass der Politiker in der direkten Demokratie mit allzu *neuartigen Ideen*, die beim Zuhörer den sogenannten «Aha-Effekt» auslösen, kaum Erfolg haben wird. Vielmehr gilt jener als «Mann des Volkes», der den Stimmbürgern das sagt, was sie ohnehin im Augenblick schon denken oder glauben.

Konstanten der schweizerischen Politik

Damit taucht die Frage auf, welche *Grundvorstellungen* denn eigentlich die *schweizerische Politik beherrschen*. Es ist schon deshalb eine notwendige Frage, weil sich zu wenig Unternehmer über diese Verhaltensmuster Rechenschaft ablegen.

Da wäre einmal der erste Grundsatz zu erwähnen, der nicht nur in der Schweiz gilt, jener von der *Pendelbewegung*. Jede Strömung wird nach einer gewissen Zeit von einer Gegenbewegung abgelöst. In der Weltpolitik lässt sich das am Wechselspiel von Spannung und Entspannung ablesen. Im Inland kann man als konkretes Beispiel die abwechselnde Neigung für zentralistische oder föderalistische Lösungen nennen. Ebenso pflegen die Vorlieben für öffentliche Investitionen einem langfristigen Wellenschlag zu folgen: sind es einmal die Autobahnen, die Akutspitäler oder die Schulen, dann stehen später der öffentliche Verkehr, der Gewässerschutz oder die Erhaltung historischer Bauten in der besonderen Gunst des Volkes.

Schon spezifisch schweizerisch ist der Hang des Kleinstaates zur *Nachahmung*. Das ist zwar etwas paradox, wenn man bedenkt, wie oft bei uns das Wort vom «Sonderfall Schweiz» fällt und wie häufig es vorkommt, dass eine Idee mit der Begründung begraben wird, sie stamme aus dem Ausland. Aber gerade durch die Neigung zum Verdrängen wird bewiesen, wie gerne wir eben doch ausländische Stichworte aufgreifen, vielleicht seit der Verbreitung ausländischer Fernsehprogramme noch mehr als früher. Mitbestimmung, Überwachung multinationaler Unternehmungen und der Ruf nach erhöhter Transparenz sind Produkte, die kaum allein unserem eigenen Boden entsprossen sind.

Uralt ist sodann die Triebfeder des *Neides*, von dem man ja schon sagte, er sei der ältere Schweizerbürger als Wilhelm Tell. Im politischen Code spricht man freilich nicht von Neid und Missgunst, sondern von *Gleichheit und Gerechtigkeit*, die als Thema stets besonders beliebt sind, weil niemand dagegen sein kann, dass der Nachbar mindestens ebenso hoch besteuert wird wie man selbst. So hatte der deutsche Rechtsgelehrte Radbruch durchaus recht, wenn er den politischen Tageskampf als eine einzige endlose Diskussion über die Gerechtigkeit bezeichnete. Bloss sind wir heute etwas abgebrüht und geneigt, dem vordergründigen Idealismus hinter die Fassade zu gucken. Es ist schon so, dass man in der Schweiz heute mehr Leute mit dem Wort von der ausgleichenden Gerechtigkeit vor den Karren spannen kann als mit der Forderung nach dem «suum cuique» oder gar mit jener nach mehr persönlicher Freiheit. Vielleicht deshalb, weil in unserer permissiven westeuropäischen Gesellschaft die Freiheit allzu selbstverständlich geworden ist? Um so notwendiger ist es, bei den hoheitsrechtlichen Voll-

machten des Staates Mass zu halten und nicht allenthalben nach neuen Gesetzen und Verordnungen zu rufen. So ist auch die weise französische Maxime «il est urgent et absolument indispensable de ne rien faire» durchaus nicht so schlecht, wie das viele neuerungssüchtige Zeitgenossen meinen; aber dennoch bildet der Immobilismus selbstverständlich keinen tauglichen Glaubenssatz: wohlüberlegte Anpassungen sind zur Sicherstellung einer *evolutionären Entwicklung* unerlässlich.

Erfreulicherweise gehört der Grundsatz des *Masshaltens* ebenfalls zu den wichtigen Konstruktionselementen schweizerischer Politik. Das macht sie etwas langweilig, hausbacken und wenig risikofreudig. Das Masshalten führt denn auch zur Beliebtheit der Einsetzung von möglichst umfassenden Kommissionen, von denen man wissen will, dass sie das sicherste Mittel darstellen, um neue Ideen zu begraben. Besonders ironisch nahm Friedrich Dürrenmatt die «Kommissionitis» in seinem «Stall des Augias» aufs Korn: Kommissionen kosten Millionen – ob sich diese Millionen lohnen, klären nur neue Kommissionen ... Das altbewährte Verfahren trägt zwar auch zur vielfach beklagten politischen Abstinenz bei. Aber es bewahrt uns umgekehrt vor gefährlichen Abenteuern, die in einem Land mit soviel knapp gebändigten Zentrifugalkräften der einzelnen Sprachen, Landesteile und Konfessionen verderblich wären. Eng damit hängen der *Wille zum gegenseitigen Gespräch* und die *Neigung zum* – hoffentlich nicht faulen – *Kompromiss* zusammen, die sich über alle Parteischranken hinweg durchsetzen. Wer nicht willens ist, mit der Gegenseite zu sprechen, hat in der Politik unseres Landes wenig Erfolgchancen. Das trifft auch für viele extremistische Gruppen zu, deren fanatische Theorien bei uns weniger als Sauerteig wirken als anderswo. Das erbittert zwar manche aufgeregten Schriftsteller und weckt den Zorn jener, die eine besondere Vorliebe für die «Wirtschaftspornographie» besitzen, vermag aber den Stimmbürger kaum zu erschüttern.

Unmittelbar neben dem Masshalten liegt das ständige Bestreben, vorhandene oder vermeintliche *Macht zu brechen*. Die Suche nach übertriebener Macht zählt zum Pflichtenheft jedes erfolgreichen Volkstribunen. *Gewaltentrennung und föderalistischer Staatsaufbau* sind deshalb unabdingbare Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung. Ihre Bewahrung wird freilich aus technischen Gründen immer schwieriger; vor allem wird das Eigenleben der Kantone durch konjunktur-, fiskal- und finanzpolitische Vorkehren im Zeitalter des sozialen Leistungsstaates leider von manchen Seiten her bedroht. Dennoch ist es erforderlich, das *Problem der wachsenden Bundesmacht* immer wieder zu überdenken. Indessen wäre es wohl kaum richtig, deswegen vom eingespielten Regierungssystem der grossen Koalition abzuweichen und nach einer starken Opposition zu rufen. Dank unserer überblickbaren Verhältnisse wird es weiterhin so sein, dass der *Souverän* selber

die Rolle der im Grunde genommen eher konservativen *Opposition* zu spielen vermag.

Das *Machtproblem* gilt natürlich auch für die *Wirtschaft*, deren Exponenten zwangsläufig unter Machtverdacht geraten, handle es sich nun um Industrielle oder um Finanzleute. Die Unternehmer sind daher gut beraten, wenn sie das offene oder latente Misstrauen der Öffentlichkeit in ihren wirklichen oder vermeintlichen Einflussbereich bei allem Tun und Lassen einkalkulieren und sich vor jeder Art von Machtmissbrauch hüten. Schon aus diesem Grunde dürfen die in der *Konkurrenzwirtschaft* wirksamen Korrekturfaktoren nicht zu sehr geschwächt werden. Aber vielleicht gehört auch etwas ganz anderes dazu, nämlich der *Lebensstil der Unternehmerschicht*, der bisher in der Schweiz – Ausnahmen bestätigen die Regel – ungeachtet der materiellen Verhältnisse schlicht und demokratisch geblieben ist.

Weg aus dem politischen Abseits

Die paar geschilderten *Konstanten der schweizerischen Politik* müssen im Auge behalten werden, wenn man sich als Unternehmer um öffentliche Dinge bemüht. In diesem Rahmen ist man dazu verpflichtet, konstruktiv und beweglich mitzuarbeiten, um das Schweizerhaus wohnlicher auszubauen, ohne seine Grundmauern zu unterhöhlen oder gar zum Einsturz zu bringen. Diese Aufgabe der *strategischen Defensive* kann nicht erfolgreich gelöst werden durch blosses passives Verhalten, sondern bedarf stets auch einer aktiven, sozusagen offensiven Einstellung. Durch das Verneinen aller Veränderungen lässt sich auf die Dauer keine bürgerliche Politik machen. Hier liegt denn auch, mehr als gut tut, der Stein des Anstosses beim Gespräch zwischen Unternehmern und Politikern. Stichworte wie Mehrwertsteuer, Arbeitszeitregelung, Krankenversicherung und Staatsausgaben genügen, um zu zeigen, wie spannungsgeladen die Probleme sind. Alle neuen Postulate von vorneherein abzulehnen, kann und darf nicht die Politik des Unternehmertums sein, wenn es am Ende nicht an seinem politischen Negativismus ersticken will: Faust ging dann unter, als er zum Augenblick sein «Verweile doch» sprach.

Leider wird jedoch das Vorhandensein einer ethisch fundierten *Weltanschauung* gerade im bürgerlichen Lager häufig gar nicht oder nur verschämt zugegeben, statt dass sie immer wieder unmissverständlich geäußert wird. Das versetzt die Mitte gegenüber den Extremisten mit ihren simplifizistischen Weltbildern und ihrer Konfliktstrategie allzu oft in Nachteil.

Warum haben so viele Unternehmer nicht häufiger den *Mut*, sich zu einer

freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu bekennen und immer wieder zu betonen, dass sie auf die eigene Kraft mindestens so viel vertrauen wie auf jene des Staates? Warum äussern manche nicht deutlicher die Auffassung, dass die Demokratie zwar auf der grundsätzlichen Gleichwertigkeit der Menschen, aber auch auf der Ermöglichung einer «*circulation des élites*» beruht? Warum distanzieren sich manche Unternehmer nicht klarer von jenen, welche die an sich unerlässliche Toleranz gegenüber Andersdenkenden ausdehnen auf die Gesetzesbrecher, die Anhänger der doppelten Legalität und auf jene, die die Spielregeln missbrauchen zur Zerstörung jeglicher Ordnung? Der Rechtsstaat ist ein zu kostbares Gut, als dass wir ihn zum reinen Juristenstaat absinken lassen dürfen, der den Kriminellen alle möglichen Rechte gibt und dadurch deren Opfer verhöhnt: Solange wir die Gerechtigkeit nicht haben, müssen wir uns eben mit der Justiz begnügen, hat einmal ein erfahrener Parlamentarier gesagt. Warum tragen wir nicht mehr gesundes Selbstbewusstsein zur Schau auf das in unserem Kleinstaat Erreichte an Wohlstand und sozialer Sicherheit? Gerade wir Schweizer haben den Masochismus ja nicht nötig, der jenen ein schlechtes Gewissen aufzwingen will, die Gewinne erzielen und Steuern abliefern. Churchill hat schon vor einem Menschenalter geäussert, der wirkliche Unterschied zwischen Kommunisten und Kapitalisten sei der, dass die ersten Gewinne und die andern Verluste für ein Verbrechen ansehen.

Vernünftiger Ausgleich

Das klingt heute vielleicht nicht besonders zeitgemäss. Aber dennoch ist es bestimmt nicht nötig, das legitime *Gewinnstreben der Wirtschaft* ständig zu entschuldigen, das letztlich der dauernden Erhaltung der Unternehmungen dient. Um weiter investieren zu können, müssen Gewinne erzielt werden. Darin liegt nichts Unanständiges, zumal die Wirtschaft ja ihre Pflichten gegenüber den Mitarbeitern und gegenüber dem Staat nur so ganz erfüllen kann. Seit langem ist sich die Unternehmerschaft einig, ihre Verantwortung darin zu erblicken, für die Erhaltung guter Arbeitsplätze mit gutem Lohn und gutem Arbeitsklima zu sorgen. Diese innere Verpflichtung kann nicht dem Staat überbunden werden, sondern muss bei den Unternehmern bleiben, denen zu diesem Zweck ein angemessener Freiheitsraum und eine vernünftige Möglichkeit zur Gewinnerzielung zu belassen ist. Das bedeutet zugleich, dass die Wirtschaft von der Politik nicht als blosse Milchkuh betrachtet werden darf, die Futter für Wahlgeschenke liefert. Umgekehrt aber muss die Wirtschaft bereit sein, dem Staat das zu geben, was er braucht, um seine rechtsstaatlichen und sozialen Aufgaben zu erfüllen. Das Liebäugeln vereinzelter

Unternehmer mit dem *Nachwächterstaat* des Manchestertums kann niemals den Ausgangspunkt für eine realistische Zielsetzung bilden. Seine Nachteile und Ungerechtigkeiten wären ebenso unerträglich wie jene eines durchorganisierten sozialistischen Systems. So kommen wir erneut zu einer Lösung des Spannungsverhältnisses auf dem *Weg des vernünftigen Ausgleichs*. Bei diesem Kompromiss sind alle verpflichtet, ihren Preis zu zahlen. Wer vom Staat etwas fordert, kann nicht auf Gratsleistungen hoffen. Wer den Staat vor zu vielen Forderungen bewahren will, kann nicht erwarten, dass andere den Abwehrkampf für ihn ausfechten.

Nun wird die Verteidigung der Unternehmerfunktion nie sehr einfach sein, da die Argumente für eine freie Marktwirtschaft Einsichten voraussetzen, denen sich die Öffentlichkeit gerne verschliesst. Rationelle Gründe genügen oft in der Politik nicht, deren Gespräch sich lieber von Gefühlen und Stimmungen, von Sympathien und Antipathien nährt. Wer die *öffentliche Meinung* bewegen will – und das ist schliesslich das Anliegen jeder politischen Tätigkeit –, muss an die *Gefühlswelt* ebenso stark appellieren wie an die Vernunft. Das ist nicht leicht; aber für jene, die es nicht einmal versuchen, ist es unmöglich: auch hier gilt das Wort von den Abwesenden, die stets unrecht haben.

*

Politik ist in der Tat etwas, das auch die Unternehmerschaft angeht. Auch wenn der ständige Kampf mit der Agenda nicht alles gestattet, was man möchte, sollte sich doch jeder vornehmen, in gewissen Abständen am politischen Gespräch teilzunehmen oder sich in irgendeiner andern Form im Orchester vernehmen zu lassen. Das gehört gerade auch in diesen Zeiten zwingend zu den Pflichten jener, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen. Bleiben wir in Tuchfühlung mit jenen Mitbürgern, die Politik zu ihrem Lebensinhalt gewählt haben: unterstützen wir sie, stärken wir ihr Rückgrat und helfen wir ihnen, mutiger bei der *Verfechtung freiheitlicher Auffassungen* aufzutreten. Vergessen wir eines nicht: kein Staat und keine Gesellschaftsordnung ist zusammengebrochen, weil die politischen Gegner das wollten, sondern stets deshalb, weil die Eliten nicht mehr durchlässig waren, weil sie bequem und unbeweglich wurden und schliesslich den Glauben an ihre eigene Aufgabe und den Willen zur Führung verloren. Solange jene in der hoffnungslosen Minderheit bleiben, die ihre scheinbare persönliche Unabhängigkeit bloss zur «splendid isolation» oder gar zum «dolce far niente» benutzen, brauchen wir vor der Zukunft keine Angst zu haben.